

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

121 (10.11.1923)

Erscheint bis auf weiteres einmal Samstag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Ausreißer ohne Bestellgeld für November 99 000 Mk. mal Schlüsselzahl freibleibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit 7-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Verensprechanschl. Nr. 11.

Vollst. Adressen: Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet 1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Nr. 121.

Samstag, den 10. November 1923.

84. Jahrgang

Umsturz in Bayern.

Das Kabinett Knilling abgesetzt. Ludendorff, Hitler und Löffow bilden die neue Reichsregierung.

München, 8. Nov. Im Bürgerbräukeller fand heute abend die angekündigte nationale Kundgebung statt, bei der von Rahr unter maßgebender Beifall ein Manifest an die deutsche Nation verlas, in dem er sich mit dem Marxismus befaßt. Besonders stark vertreten waren in der zahlreich besuchten Versammlung die Mitglieder der vaterländischen Verbände. Von der bayerischen Staatsregierung waren die Minister Dr. Schweger, W. H. Hoyer, und Dr. Krausneck erschienen. Kommerzienrat Zeuß sprach in seiner Begrüßungsrede den Wunsch aus, daß der Generalstaatskommissar der Führer sein möge in ein neues besseres schwarz-weiß-rotes Deutschland.

Von privater Seite erhält das Süddeutsche Korrespondenzbüro über die Vorgänge im Bürgerbräukeller folgenden Bericht: Nachdem der Generalstaatskommissar von Rahr seine Rede beendet hatte, trat Hitler mit 600 Mann in den Saal ein und wurde von den Anwesenden begrüßt. General Ludendorff sei Landesbesichtigter, Hitler politischer Berater und der frühere Münchener Polizeipräsident Kocher Landesverweiser und General v. Löffow Wehrminister. Daraufhin sei der Bürgerbräukeller von Hilstruppen im weiten Umkreis abgesperrt worden. Zu 10 Uhr abends sei es bis 10 Uhr abends noch nicht gekommen. Zur Zeit sammeln sich die Kampftruppen „Oberland“ und „Reichsflagge“ in verschiedenen Stadtteilen und besetzen die Plätze. Ueber die Haltung der Reichswehr und Landespolizei liegen noch keine näheren Nachrichten vor. Wie von privater Seite weiter mitgeteilt wird, soll Rahr im Bürgerbräukeller Verhandlungen pflegen. Einer späteren Meldung zufolge ist das Telegrammamt von der Landespolizei besetzt worden. In der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ seien Offiziere der Hitlertruppen erschienen.

Empfehlung des gesamten Verächters nach Bayern.

Berlin, 9. Nov. Die Reichsregierung hat wegen der Absetzung der verfassungsmäßigen bayerischen Regierung den gesamten Verächter nach Bayern eingezogen. Irgendwelche Leistungen des Reiches für Bayern finden bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände nicht mehr statt.

Ein Aufruf an das deutsche Volk.

Die deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: An das deutsche Volk!

In der Zeit größter außen- und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verbündete ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerschlagen. In München hat eine bewaffnete Schar die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten v. Knilling verhaftet und sich angemacht eine Reichsregierung zu bilden. General Ludendorff wurde zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee ernannt, Herr Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, macht sich an, die Geschichte Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschabenteuer nicht und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unseren Brüdern im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stützt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und zerrüttet alle Aussichten auf die Abwahnung wirtschaftlicher Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischen Gebiet haben dazu geführt, daß die Mark im Ausland sich in den letzten 24 Stunden um das Vielfache gebessert hat. Alles ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfolg hat, das in München verjagt wird.

In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der deutschen Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit.

Alle Maßnahmen für die Wiederkämpfung des Putsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

Der Reichspräsident: Gez. Ebert.

Die Reichsregierung: Gez. Dr. Stresemann, Reichskanzler.

Was will Bayern?

München, 7. Nov. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters mit dem bayerischen Gesandten Dr. von Preger, der auf die Frage: „Was will Bayern?“ erwiderte: „Jedenfalls keinen Krieg gegen das Deutsche Reich führen. Denn diese Grötzesäc ist nur in solchen Köpfen außerhalb Bayerns verbreitet, die einer geradezu phantastischen Unkenntnis, gepaart mit Angst und Selbstbewußtsein, erfüllt sind. Wie wollen keine Separation, wir sind und bleiben Deutsche und im Unglück nun erst recht. Was wir wollen, das ist, dem deutschen Vaterland aus dem Unglück herauszuwerden, in das es unter dem Einfluß der Sozialdemokratie seit fünf Jahren immer tiefer hineingeraten ist. Nun heißt es ein Ende machen mit den sogenannten Ertragschaften der Revolution und der Ordnung und Arbeit wieder zu ihrem Rechte verhelfen. Nach außen braucht das Deutsche Reich wieder mehr Männlichkeit, Stolz und Selbstbewußtsein.“ Der Gesandte erklärte, daß aus der Weimarer Verfassung von 1919 alle Konflikte zwischen Bayern und dem Reich sich entwickelt haben, auch die Reichsverdrängung vieler Kreise in Bayern, die früher in dieser Stärke undenkbar gewesen wäre. Der Gesandte hielt es für durchaus möglich, daß wir auf legalem Wege zu einer Revision der Weimarer Verfassung im bundesstaatlichen Sinne kommen. Ueber die Lage an der bayerisch-thüringischen Grenze zu sprechen, läßt sich nicht der Mühe. Thüringen habe zuerst Grenzschutz durch Polizeibeamte aufgestellt. Dann erst habe Bayern seine Nationalpolizei aufgegeben. Das sei alles. Aber nicht in Thüringen Walde sondern in der Berliner Wilhelmstraße solle die Entscheidung.

Die Vorgänge an der thüringisch-bayerischen Grenze.

Die schon gemeldeten Vorgänge an der bayerisch-thüringischen Grenze, der Aufmarsch bewaffneter Abteilungen in den nördlichen Distrikten Bayerns, haben in der Presse zu allerhand Gerüchten Anlaß gegeben, die von amtlicher Seite auf die Feststellung zurückzuführen werden, daß die illegalen bayerischen Formationen bei jedem Versuch, die thüringische Grenze zu überschreiten, auf vollkommen ausreichende Reichswehrtruppen stoßen würden. Man verkennt aber an unrichtiger Stelle nicht, daß diese Bewegung sich nicht auf Bayern beschränken wird, sondern auch auf andere Landesteile, vor allem Pommern, Schleisen und Brandenburg übergriffen und dabei teilweise separatistischen Charakter angenommen hat.

Nach Mitteilung von anderer amtlicher Seite ist die Freischärlerbewegung im nördlichen Bayern so wenig organisiert, und materiell so schwach gestützt, daß die bayerische Regierung auf den baldigen Abbau der Bewegung rechnet, weil schon heute Schwierigkeiten in der Verpflegung und Befolgung innerhalb der Verbände bestehen. Ueber die Drahtzieher der Aktion sind gleichfalls die verschiedenartigsten und widersprüchlichsten Gerüchte im Umlauf. Nachdem aus München festgesetzt ist, daß die bayerische Regierung dem gewalttätigen Vorgehen gegen den Norden des Reiches fernsteht, behauptet der „Vorwärts“ daß nach einer Rede des bayerischen Justizministers der Landesausschuß der bayerischen Mittelpartei einen stark angreifenden Beschluß gegen Berlin angenommen habe. Demgemäß sucht der „Vorwärts“ in diesen Reihen die Drahtzieher. Von anderer Seite wird Ludendorff, von den meisten Ehrhardt genannt. Hierzu erzählt jedoch eine Berliner Korrespondenz, die gut unterrichtet zu sein scheint, folgendes:

Am Dienstag treten die vaterländischen Verbände Deutschlands unter dem Vorsitz des Professors Bauer-München, des Vertretermannes des Herrn von Rahr zu einer Sitzung in München zusammen, in der zu der innerpolitischen Lage Stellung genommen werden soll. Von einer dieser Verbänden naheliegender Seite wird betont, daß entgegen den umlaufenden Gerüchten gerade auf dieser Sitzung zum Ausdruck gebracht werden sollte der Streit zwischen der Reichsregierung und Bayern könne nicht durch Gewaltanwendung und militärischen Vormarsch von Bayern aus beigelegt werden, sondern es sei nur auf gesetzlichem Wege die allgemeine Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände möglich. In diesem Sinne auch werde die nur von jenen Verbänden erstrebt. Die Sitzung soll auch dem Zweck dienen, sich gegen die Soldatenplünderer an der sächsisch-thüringischen Grenze zu wenden. Es wird ausdrücklich betont, daß die um Koburg sich gruppierenden Reifste keine Anhänger von Ehrhardt seien und ihm im Kommando nicht unterständen. Kapitän Ehrhardt befindet sich dauernd in München und habe die Leitung der Verbände Blücher und Wikand.

Stresemann über Bayern.

London, 4. Nov. Der Manchester Guardian veröffentlicht heute eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann, in der dieser sich über die außen- und innenpolitische Lage äußerte. Er gab die Hoffnung nicht auf, daß mit der bayerischen Regierung auf der Grundlage einer allgemeinen Erörterung des Verhältnisses von Reich und Bundesstaaten eine Lösung der gegenwärtigen Differenzen getroffen werden könne. An eine bewaffnete Erhebung Bayerns gegen das Reich glaube in Deutschland kein Mensch, ebenso wenig die Absicht, daß verantwortliche bayerische Staatsmänner sich vom Reich loslösen und einen politischen Strömungen in Bayern vorbanden, die die bayerisch-politisch-rechtliche Einstellung Deutschlands mit Hilfe der sogenannten vaterländischen Verbände und der rechtsstehenden Parteien aufzuheben wollten. Er glaube aber nicht, daß sie stark genug seien, um die gegenwärtigen Verhältnisse zu ändern oder im Falle ihres Sieges auf die Dauer zu behaupten.

Dr. Heim warnt vor einer Abtrennung Bayerns.

München, 1. Nov. Wie der „Bayerische Kurier“ meldet, hat sich auf der Landesversammlung der bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Heim eingehend über die Frage des Separatismus geäußert. Er erklärte, wenn man ihn frage, ob der Separatismus für Bayern Vorteile brächte, wenigstens im Augenblick, so würde er sagen: „Ja, gewaltige Vorteile!“ Er zweifelt nicht, daß beispielsweise die bayerische Mark höher stehen würde, als die österreichische Krone. Sollen wir nun mit dem Reich hungern, oder nach dem Rettungsanker der Separation greifen? Er sagte, eine Separation brächte wohl einen augenblicklichen Erfolg, würde uns aber später um so tiefer in den Abgrund stoßen. Die momentanen Vorteile würden Jahre der Buße bringen. Er warne deshalb seine Freunde ausdrücklich vor einer solchen Politik.

Anrufung des Staatsgerichtshofes durch Sachsen.

Dresden, 7. Nov. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit, daß die sächsische Regierung wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium geizner, sowie wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar und des Verfalls des Landtagszusammentritts am 30. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen anrufen hat.

Der Sieg der Radikalen in der Sozialdemokratie.

Berlin, 2. Nov. W. A. B. meldet: Wie im Reichstage verlautet, haben die Sozialdemokraten heute in einer stark besuchten Proklamationsitzung mit allen gegen 19 Stimmen beschlossen, die ihrer Partei angehörenden Minister aus dem Reichskabinett zurückzuführen.

Ein Aufruf der Demokraten.

Berlin, 6. Nov. In einem Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei wird gesagt, daß der drohende Anschlag ge-

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 50 Mk. Familien-Anzeigen 40 Mk. Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 150 Mk. mal Schlüsselzahl, wie sie vom Verein deutscher Zeitungsverleger für alle Zeitungen verbindlich jede Woche festgesetzt wird. Grundschrift im Anzeigen- und Textteil in Petit. Bei Wiederholungen tarifierter Rabott, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs erlischt. Plagiaten werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen. Einzeligen Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

wissenschaftlicher Verschwörer auf die Reichsverfassung an dem unabweiglichen Willen der reichstreuen Bevölkerung zerschellen müsse. Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Auftrages Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu stärken, so haben die waffengeübten Demokraten dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Berlin, 6. Nov. Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Sozialdemokraten und Republikaner im Reich und verweist darauf, daß die Putschisten den Kampf wollen und es deshalb falsch wäre, den Kopf in den Sand zu stecken. Neben der Reichsregierung seien die Landesregierungen berufen, den Umsturz abzuwehren. Es sei falsch, Freischärlersorganisationen zu bilden, die den Kampf mit den Putschisten aufnehmen. Nur die Angliederung an die Organe des Staates könne helfen. Zum Schluß werden die Sozialdemokraten und Republikaner aufgefordert, sich für den Notfall bereit zu halten.

Der Ruf nach der Diktatur.

Berlin, 6. Nov. Der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlhelm und der Frontsoldaten forderte namens von Millionen ehemaliger Soldaten den Reichskanzler in einem Telegramm auf, umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlament, Parteien und Interessenverbände behindert sei. Alles ordne zum Handeln. Millionen hungerten, Tausende schleppten, während Lumpen Teile des Deutschen Reiches abstriften. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur vermöge Deutschland zu retten. Der Reichskanzler solle in diesem Sinne von den in seiner Hand befindlichen Machtmitteln Gebrauch machen und sofort handeln, damit nicht andere handelten.

Keine Zeit für Parteigetriebe.

Berlin, 3. Nov. Wie die Blätter führen, ist die Auffassung über die gegenwärtige Krise in Regierungskreisen sehr ruhig. Eine Ergänzung des Kabinetts aus den Reihen der Parlamentarier der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angeordnet, soll nicht in Frage kommen. Vielmehr soll in Aussicht genommen sein, das Kabinett durch außerparlamentarische Persönlichkeiten zu verabschieden. Im übrigen sei das Kabinett der Auffassung, daß im gegenwärtigen Augenblicke politische Krisen nicht mehr als unbedingt notwendig beachtet werden sollen und daß das Augenmerk auf die brennenden Wirtschaftspragen gerichtet werden muß.

Eine diplomatische Aktion großen Stils.

Rom, 7. Nov. Messagero meldet aus Paris: Die gestern von der Botschafterkonferenz an Deutschland überbrachte Note über die Behinderung der Militärkontrolle sei nur ein Teil einer diplomatischen Aktion großen Stils, die darauf abzielt, den Staatsfrieden in Deutschland zu verhindern. Die Verbände seien bereit, der Rückkehr der Vertreter des alten Regimes, einer Militärdiktatur und einer Wiedereinsetzung der Hohenzollern sich zu widersetzen und zu diesem Zweck die deutsche Regierung gegen die reaktionären Rebellen, die die Abschaffung der Republik wünschen, zu unterstützen. Der englische Botschafter in Paris hat sich mit Poincaré gestern über dieses Thema unterhalten. Die englische Regierung, sagte der Botschafter, müßte überlegen, ob der Zeitpunkt jetzt gekommen sei, außer mit wirkungslosen Noten auch mit Taten in Deutschland einzugreifen. Dieses Thema wird auch in den nächsten Tagen auf der Tagesordnung stehen und die Polemik über die Sachverständigenkonferenz in den Hintergrund drängen. Denn was würde, so schließt der Bericht, eine Unternehmung nützen über das, was Deutschland zahlen könne, wenn Deutschland im Begriffe ist, in Flammen aufzugehen, oder was würde den Sachverständigen zur Untersuchung gestellt sein, wenn das Schicksal Deutschlands in die Hände eines kaiserlichen Generals gegeben würde.

Zum Schutze der Reichswehr.

Berlin, 5. Nov. Der Reichswehrminister hat folgende Verordnung erlassen: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 sind der Reichswehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das Interesse der Öffentlichkeit auf sie gelenkt haben. In sachlicher Form Kritik an dem Verhalten der Reichswehr zu üben, soll niemand verwehrt werden. Es kann aber nicht gestattet werden, daß die öffentliche Meinung des Staates durch Beschimpfungen oder falsche, herabgewürdigte Darstellung seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgewürdigt wird. Auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September verbietet sich daher alle öffentlichen Beschimpfungen der Reichswehr, sowie die öffentliche Verbreitung unwahrer Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Zuwiderhandlungen werden nach Paragraph 4 der Verordnung vom 26. September 1923 bestraft. Zeitungen, die solche Beschimpfungen oder Nachrichten enthalten, sind von dem zuständigen Inhaber der volziehenden Gewalt auf mindestens 3 Tage zu verbieten. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. (Gz.) Dr. Geßler.

Vor schwerwiegenden Entscheidungen.

Die Verhandlungen über die Regierungskrise sind soweit der Reichskanzler in Betracht kommt, in den letzten Tagen ins Stocken geraten, da das Kabinett gezwungen war, sich von allen Dingen mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu beschäftigen. Der Reichskanzler wird am Mittwoch eine Unterredung mit dem Duisburger Oberbürgermeister Jarres wegen der Übernahme des Reichsministeriums haben. An dieser Unterredung sollen sich weitere Verhandlungen über die Besetzung von Ministerien anschließen. Die Fraktionen verschiedener Parteien wollen am Freitag zu Beratungen zusammentreten. Die Deutschnationalen haben für Freitag nachmittags 3 Uhr ihre sämtlichen Mitglieder telegraphisch zusammenberufen mit der Begründung, daß die deutschnationale Partei vor wichtigen Entscheidungen stehe. Ebenso halten am Freitag vormittags die Abgeordneten der Volkspartei eine Sitzung ab, in der voraussichtlich die Stellungnahme der Partei gegenüber der inneren Krise festgelegt wird.

Die parlamentarische Lage wird durch das Blatt des Reichskanzlers in folgender Weise charakterisiert: „Die Lage wird voraussichtlich in der nächsten Woche eine Klärung erfahren. Es ist damit zu rechnen, daß die Ernennung eines Reichsinnenministers und die Ernennung eines Reichsjustizministers demnächst erfolgt. Die Lage am Vorabend des 9. November wird in Berlin mit ziemlicher Sicherheit und Ruhe beurteilt. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um Gewaltstreichen mit Entschiedenheit entgegen zu treten. Es liegen jedoch keine Anzeichen dafür vor, daß derartige Aktionen von irgend einer Seite ernsthaft geplant sind. Auch aus München wird dies durch zuverlässige Nachrichten bestätigt. In München ist die Stimmung zwar etwas erregt, und es wird dort am Jahrestag der Revolution mit besonderem Eifer von der Notwendigkeit radikaler Maßnahmen gesprochen, aber man glaubt trotzdem, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht durch Ausschreitung ernsthaft gefährdet werden, von irgend welchen Vormarschplänen ganz zu schweigen. Die Stellung des Generalkommissars Kahr hat sich in den letzten Tagen bestimmt nicht befestigt.“

Kardinal Faulhaber an den Reichskanzler.

Berlin, 7. Nov. In Beantwortung eines Schreibens des Reichskanzlers Dr. Stresemann an den Kardinalerzbischof v. Faulhaber in München vom 12. Okt. ist dem Reichskanzler eine Zuschrift des Kardinals zugegangen, worin unter Bezugnahme auf den von dem Reichskanzler wiederholt ausgesprochenen Gedanken, daß nur in der sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes die starke Wurzel seiner wirtschaftlichen und politischen Wiedergeburt liege und daß die katholische Kirche hierauf einen großen Einfluß ausüben könne, erklärt wird, dieser Gedanke sei ihm, dem Kardinal, ganz aus der Seele gesprochen. Die Kirche empfinde es als eine Gewissenspflicht, an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes, insbesondere an dem Abbau der Gewissens- und in der Pflege des Autorsitätswillens, an dem Abbau des Hasses und der Standesgegenstände und an der Pflege des Gemeinheitsgeistes neben der Selbstsucht und in der Pflege des Opfergeistes mitzuarbeiten. Der Kardinal schreibt diesen Brief auf seine persönliche Verantwortung, wisse sich aber keineswegs mit dem Hirtenschreiben der in Fulda versammelten Bischöfe. Der Kardinal erklärt weiter, daß er die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung für eine herausragende Notwendigkeit halte. Er habe nie verhehlt, daß die Treue des bayerischen Volkes zu seinem Königshause das Recht der völkischen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nehme. Das alles dürfe aber nur auf verfassungsmäßigem und unblutigem Wege geschehen.

Der Brief schließt mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, in erster Linie dem deutschen Volk Brot und Arbeit zu geben, mit den Nachbarvölkern zu einem friedlichen Ausgleich auf dem Boden der Gerechtigkeit zu kommen und das Schwere eines Bürgerkrieges fernzuhalten.

Der deutsche Kronprinz.

Berlin, 7. Nov. Das Reichskabinet hat, noch als die Sozialdemokraten in der Regierung saßen, einstimmig beschlossen, dem Kronprinzen die Einreisegenehmigung nach Deutschland zu erteilen unter der Voraussetzung, daß er als einfacher Privatmann in Dels leben würde. Dieser Beschluß war einfach eine Selbstverständlichkeit. Es handelte sich im Grunde nur um die Befestigung eines Ausnahmezustandes gegen den deutschen Kronprinzen. Allerdings hatte man beabsichtigt, um politische Weiterungen zu vermeiden, seine Rückkehr bis zu seiner Ankunft in Dels geheim zu halten.

Das ist aber durch einen Mangel an Verschwiegenheit — ob beabsichtigt oder nicht, mag dahingestellt sein — verhindert worden und die Folge hat nun der daran völlig unschuldige Kronprinz zu tragen. Es hat ein regelrechtes Kesseltreiben gegen ihn begonnen. Auch die ausländischen Regierungen sind mobil gemacht worden und nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt die englische Regierung einen Schritt bei der holländischen Regierung zu tun, um die Ausreise des Kronprinzen aus Holland zu verhindern. Sollte sich dies bewahrheiten, so würde auf die englische Politik dadurch ein menschlich sehr häßliches Licht fallen, denn ein derartiges Vorgehen wäre lediglich der Ausfluß einer persönlichen Geheißigkeit. Wir dürfen es der holländischen Regierung überlassen, wie sie sich dazu stellt, und ob sie einen solchen Eingriff in ihre Hoheitsrechte nicht ablehnt.

Die Bewegung der Sonderbündler.

Ein Hauptstoß gegen Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 5. Nov. Heute Nacht kam eine größere Anzahl von Separatisten von auswärts hier an. Heute morgen gegen halb 7 Uhr erfolgte ein Angriff auf das Stadthaus, dessen Ergebnis zur Zeit sich noch nicht übersehen läßt. Wie wir erfahren, wollen die Separatisten den Hauptstoß mit aller Wucht gegen Kaiserslautern führen, um von hier aus die ganze Pfalz zu erobern. Die Abwehr wird sehr schwer fallen, da die Besatzung sämtliche Abwehrposten in den letzten Tagen beseitigt haben.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

27) Nachdruck verboten.
Die Stimmung am Stammtisch wurde, je mehr sich der Korb seinem Ende näherte, desto lustiger, und als die ersten Schatten des Abends sich wie leichte Schleier über die niederen Dächer von Kattenhausen breiteten, verließ die Gesellschaft, immer noch lachend über den gelungenen Scherz Ritters, das Lokal. „Wann schlafen Sie die Schule, Herr Direktor?“ „Morgen Herr Oberförster.“ „Aber da fangen wir gleich mit dem Aufdecken der Gräber an?“ „Ich weiß nicht, wie es Professor Rückert bestimmt hat.“ „Na, mir sagte er, er wolle während der ganzen Pfingstferien vom Morgen bis Abend graben.“ „Das steht ihm ähnlich. Kollege Rückert, wie ist das?“ rief der Direktor seinen ersten Oberlehrer an seine Seite. „Ja, Herr Direktor, ich dachte mir so, daß wir während der uns bleibenden fünf Tage das ganze Feld bearbeiten.“ „Und damit die Herren nicht allzu sehr durch die Hin- und Herreise belästigt werden, mache ich Ihnen den Vorschlag, Sie, lieber Professor, der alte Poirier und mein lieber Freund Max sind für die schönen Tage der Pfingstferien meine Gäste auf dem Wollgang.“ „Davon mache ich ganz ungeniert Gebrauch, lieber Oberförster, und wenn... aber den andern Herren würde sicherlich recht sein. Was meinen Sie, Kollege Müller?“ Die vergnügte Stimmung des jungen Oberlehrers war mit einemmal verfliegen. Er sollte mit ihr unter einem Dach leben, wenn auch nur ein paar Tage? Nein, das konnte nur Unheil bringen, und doch wieder, seine Seele verlangte danach. Seit jener kurzen Aussprache an dem alten Klosterbrunnen blutete sein Herz vor tiefem Weh über die einst so heiß Geliebte, die seit dem Tage seiner Rückkehr wieder ganz seine Gedanken beherrschte. Wenn es nun doch einen Ausweg gab, für die Hälfte ihrer unglücklichen Ehe zu entziehen. Wenn ihm doch ein päpstliches halb verlorenes Glück zuteil werden sollte, wenn... War die Einladung Ritters nicht ein Wink des Schicksals...? „Na, du wirst dich doch nicht bestimmen, Max, du wirst doch deinem alten Freund keinen Korb geben? Denke dir, wenn du wieder früh aufwachst in deinem alten Stübchen und

Poincare flücht der Welt bewußt vor, daß Frankreich die Bewegung der Sonderbündler nicht, unterläßt. Die vorstehende Meldung zeigt jedoch aufs Neue, daß die Franzosen und Sonderbündler in enger Gemeinschaft zusammenarbeiten, und zwar in der Weise, daß die Franzosen den Sonderbündlern die Hindernisse aus dem Wege räumen, indem sie zuvor die Polizei und die übrige Abwehr beseitigen. Schon heute kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die Bewegung der Sonderbündler zum Mißerfolg verurteilt ist, weil der gesunde Sinn der Bevölkerung sich dagegen auflehnt, der Herrschaft von landfremden Verbrechern sich zu beugen.

Poincare für die Sonderbündler.

Paris, 4. Nov. Ministerpräsident Poincare hielt heute wieder zwei Reden. Bei der Einweisung des Kriegerdenkmals in Brno behauptete er nach der gewohnten Pläne von der Allotrität Deutschlands, Frankreich habe bisher erst 244 Millionen Goldmark erhalten. Zu dem Plan des Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit betonte er, daß Frankreich seine Verbündeten seine Freundschaft habe bekunden wollen als es diese Perspektive im Prinzip zugelassen habe. Die Schlussworte Poincares galten der Sicherheitsfrage. Bisher sei nichts an die Stelle der in Versailles versprochenen Sicherheitspakete getreten. Zu welcher politischen Organisation künftig auch das deutsche Volk gelangen möge, Frankreich werde darüber wachen, daß neue Angriffe für immer unmöglich gemacht würden. Frankreich habe niemals versprochen, die deutsche Verfassung oder auch nur die Reichseinheit gegen die Deutschen selbst in Schutz zu nehmen. Die Initiative der deutschen Länder überhebe die Alliierten der Verpflichtung, untereinander die Bestimmungen des Friedensvertrages innezuhalten.

Ein englisches Urteil.

London, 4. Nov. Die Wochenblätter, in denen die Ansichten der gebildeten Engländer zum Ausdruck kommen, geißeln das Verbrechen, das Poincare mit dem Loslassen seiner besoldeten Revolverhelden auf die rheinische Bevölkerung verübt, vermutlich noch schärfer als die Tagespresse, denn die „Nation“ schreibt, vielleicht kein Verbrechen von der Geschichte härter beurteilt werden als die französische Antilustigung eines Puffes bewaffneter Schiffe im Rheinland, verkleidet als Begründer einer unabhängigen oder autonomen Rheinlandrepublik. Sie fügt hinzu: „Die französische Methode bereite jedem anständigen Engländer Uebelkeit.“

Protest der Reichsregierung gegen die Sonderbündler.

Berlin, 3. Nov. Wie wir hören, ist bei der Reichsregierung das eingegangene Material über den separatistischen Terror sorgfältig überprüft und zu einer ausführlichen Note zusammengestellt worden, die bald den fremden Mächten übergeben werden soll. In der Note wird die Reichsregierung die Zusammenhänge zwischen den französisch-belgischen Besatzungsbehörden und den sogenannten Separatisten schonungslos darlegen und ein unverzügliches Einschreiten der Regierungen der Besatzungsmächte fordern. Es wird ferner an die gesamte zivilisierte Welt ein Appell gerichtet werden, nicht weiter unätzig zuzusehen, wie man das rheinische Volk unter eine Pöbelherrschaft und deren Gewaltpläne zu zwingen sucht, die den Grundbestimmung der Völker in schlimmster Weise verlegt.

Belgiens Schwankung in der Rheinlandpolitik.

Paris, 3. Nov. Dem „Matin“ wird aus Düsseldorf berichtet: Zu Beginn des gestrigen Nachmittags habe sich in London ein verblüffender Vorfall ereignet. Die Sonderbündler haben von der belgischen Besatzungsbehörde den Befehl erhalten, das Rathaus zu räumen und mit ihrer gesamten Truppe die Stadt zu verlassen. Von Abteilungen der belgischen Armee eskortiert seien sie nach dem Bahnhof geführt und nach verschiedenen Richtungen abgeschoben worden. Dieser Befehl sei auf Anweisung des belgischen Oberkommissars in der Rheinlandkommission gefaßt worden, der um 2 Uhr nachmittags von Brüssel eingetroffen sei und bestimmte neue Anweisungen mitgebracht habe. Man dürfe diese verblüffende Entscheidung mit dem Besuch in Verbindung bringen, den gestern morgen gegen 11 Uhr der englische und der holländische Konsul in Aachen dem belgischen Oberkommissar abgetatet habe. Im Namen ihrer Regierungen hätten die beiden Konsuln von den Besatzungsbehörden verlangt, daß die separatistischen Unternehmungen als gegen die Sicherheit ihrer Staaten gerichtet, verhindert, und die Stadt von den separatistischen Elementen geäubert werde.

Der französische Ministerrat.

Zwei bedenkliche Beschlüsse.

Paris, 8. Nov. Heute vormittag hat unter Millerands Vorsitz ein Ministerrat stattgefunden, der nach glaubwürdigen Informationen zwei grundlegende Beschlüsse gefaßt hat. Der Ministerrat hat einmal die neuen Instruktionen für den französischen Votschafter in Washington formuliert, die allem Anschein nach im Grunde darauf hinauslaufen, daß Frankreich im Ge-

genßatz zu seiner bisherigen passiven Haltung gegenüber dem deutschen Zusammenbruch nunmehr zur definitiven Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands bereit ist. Der Ministerrat hat weiter, angeblich auf Vorschlag Millerands durch den französischen Votschafter in Berlin erklären lassen, daß die Franzosen die Errichtung einer Diktatur in Deutschland nicht dulden würden.

Dieser Beschluß bedeutet den Sieg der interventionistischen Strömung in den französischen Regierungskreisen, die in letzter Zeit häufig in dem Leitartikel des Temps zu Worte gekommen ist, gegen die bisher von Poincare vertretene Strömung, die passives Abwarten gegenüber den inneren Wirren in Deutschland erstrebte. Der Beschluß scheint, wie in hiesigen politischen Kreisen betont wird, als logische Folge für den Umschwung in der Stellung Frankreichs in der Frage der deutschen Leistungsfähigkeit. Man erklärt, es wäre widersinnig, daß Frankreich sich in Washington zur Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands bereit erklärt und dann ruhig zusehe, wie in Deutschland Kräfte zur Regierung gelangen, deren Ziel die Aufhebung des Versailler Vertrages zu sein scheint.

Die Lage kritisch!

Die Erörterung über die vorgeschlagene Sachverständigenkonferenz zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit ist, wenn man so sagen darf, seit gestern in eine kritische Phase getreten. Trotz der Ablehnungsversuche kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die amerikanische Regierung in Paris weiß, daß sie nicht im Stande sei, sich an einer Konferenz zu beteiligen, wenn man den Sachverständigen nicht volle Freiheit gewähre, die Entschädigungsfrage so zu erörtern, daß die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas durch ihre Lösung gefördert werde. Die amerikanische Regierung will sich von Paris nicht vorschreiben lassen, wieweit die von ihr ernannten Sachverständigen in ihrer Arbeit gehen dürfen. Sie lehnt also den durchsichtigen Grundgedanken Poincares ab, es dürfe nur über die augenblickliche Zahlungsfähigkeit gesprochen werden. Die Haltung der Washingtoner Regierung hat die Haltung der englischen Regierung bestimmt. Sie schließt sich der Auffassung des amerikanischen Präsidenten an und hat dies durch ihren Votschafter gestern zur Kenntnis gebracht. Poincare hat sich bereit in einem Privatbrief an Lord Curzon gestern eine Stellung einzunehmen, die die Erörterung kritisch gestaltet. Poincare besteht darauf, daß nur von der augenblicklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands gesprochen werden darf und daß der Sachverständigenausschuß sich in eine Zwangsjacke stecken lassen muß, die der Wiederherstellungsausschuß herzustellen berechtigt sein soll. Im Augenblick also ist der Zusammentritt der Sachverständigenkommission höchst zweifelhaft geworden, und nicht nur deshalb weil London und Washington sich nicht dazu hergeben wollen, eine Beratung mitzumachen, die von vornherein kein Ergebnis haben kann, sondern auch deshalb, weil die belgische Regierung sich mutig auf den Standpunkt der englischen und amerikanischen Regierung gestellt hat. Jeder Versuch die Lage zu verschleiern, ist zwecklos. Es werden die selbstamtigen Agenturnachrichten veröffentlicht, um nicht zuzugestehen, daß von Washington aus in den letzten beiden Tagen eine kleine Sprache gesprochen wurde. Was man jedoch im Augenblick befürchten muß — und darüber darf man sich in Deutschland keiner Täuschung hingeben — ist, daß man vielleicht eine Formel finden könnte, die scheinbar allen Parteien Befriedigung gibt. Das wäre ein Kompromiß, das zu nichts führen könnte.

Voraussetzungen für eine Anleihe aus Amer'ka.

Newyork, 5. Nov. Nach einer Meldung der „Associated Press“ sehen die amerikanischen Bankiers als Voraussetzung der deutschen Anleihe ein langes Moratorium, ein neues deutsches Geld und eine erste Hypothek auf das deutsche Vermögen an.

Um die Sachverständigenkonferenz.

Poincares Isolierung.

Nach einer Havasmeldung aus Washington machte der französische Votschafter am Montag vormittag dem Staatssekretär Hughes die angekündigte Mitteilung über den Standpunkt der französischen Regierung in der Frage des Sachverständigenausschusses. Er mußte diese Mitteilung wirklich ohne Sympathie Deutschlands, Entschädigungsfragen zu zahlen. Diese Abenden belgischen Trabanten machen, denn es ist der englischen Diplomatie diesmal gegliückt, Belgien von der Seite des unerschütterlichen Poincare zu lösen und die französische Politik die die beabsichtigte Konferenz von vornherein zu völliger Bedeutungslosigkeit verurteilt sehen möchte, ganz zu isolieren. Und das ist ein bedeutender Erfolg, zunächst nach der moralischen Seite hin. Nach einer Neuermeldung gewährt Belgien dem britischen und italienischen Standpunkt volle Unterstützung. Die belgische Regierung habe vorgeschlagen, daß der britische Wortlaut der Einladung an die Ver. Staaten hinsichtlich der Aufgabe des Ausschusses lauten soll: „Der Ausschluß prüft die

andern außer dem Virtuosus, wußten, daß sie unter der Anwesenheit der Gräfin litt. Wiederum aber mußten sie sich sagen, weder hätte Molly die Einladung ergehen lassen, noch die Gräfin sie angenommen, wenn irgend etwas Wahres an dem Gerücht der Kattenhausener gewesen wäre.

Ein besonders günstiger Einfluß konnte die Vertiefung der Hausfrau natürlich nicht auf den Charakter des Diners ausüben und selbst der schwere Burgunder war nicht umsonde, die etwas schleppende Unterhaltung zu befeuern.

Es war jeder froh, als die Tafel aufgehoben wurde, und die Herrchen saßen in den Garten begabten, um ihre Zigaretten zu rauchen, während sich die Damen mit dem Marquis in dem Salon zurückzogen.

Der alte Poirier trat an Ritter heran und sagte ihm: „Lieber Oberförster, nehmen Sie mirs nicht übel, ich schne mich nach meinem Schlafen.“ worauf Rückert einfiel: „Da haben Sie ganz recht, Poirier, das ist ein guter Gedanke.“

Und nun geleitete Ritter die beiden älteren Herren nach ihren Zimmern, indes Max die Gesellschaft der Damen im Salon aufsuchte.

Max war er in anregendem Gespräch mit dem Geiger, mit dem er da er ja selber die Fiedel strich, eine ganze Menge Beziehungen hatte. Er hätte gerne noch weiter geplaudert, und in dem schmerzlichen Gefühl einer nie befriedigenden Sinnlichkeit die Gegenwart der geliebten Frau genossen, aber der zurückkehrende Ritter ließ es nicht zu. Sei es, daß es ihm unheimlich in der Gegenwart der beiden Frauen war, sei es, daß der eigentümliche Mensch eine wirkliche Sympathie für Max hatte, kurz, er rief ihn in seiner unmißverständlichen, man möchte schon sagen etwas brutalen Art aus der Gesellschaft los, schleppte ihn auf sein Zimmer, ließ den Gewehrschrank auf und sagte:

„Da, lieber Kerl, nun suche dir eine leichte Flinte, geh an deine Bude, den Weg weisst du ja noch, und mache dich fertig zu einem kleinen Ausflug. Ich habe jenseits in der Nähe zu tun. Du kennst doch den kleinen Schlag beim Birkenhäuschen in dem Kaiser nach in den letzten Tagen einen starken Birkenhäuschen haben hörte. Wenn es dir recht ist, wollen wir ihn mit dem Grauen des morgigen Tages schießen.“

fehlt die Sonne mit ihrem ersten Frühschein über die grünen Decks. Was das zucken, der doch so recht eigentlich dein Heimat ist, leucht dich das nicht?“

„Ich nehme an, Karl.“
„Nun, und den alten Poirier...“
„Sagen Sie ihm nicht, daß er alt sei, Professor, das nimmt er übel.“

„Ja, ja, das nimmt er übel, da haben Sie recht, er will noch nicht alt sein... Ich wollte sagen, den alten Poirier nehme ich auf mich. Daß er mitgeholfen hat, eine Entdeckung zu machen, wie die Brüder Grimm, das überwindet jedes Bedenken bei ihm. Ich stehe dafür, er kommt mit heraus.“

„Und die Soldaten quartiere ich auch bei mir ein, das ordne ich mit dem Major. Ah, meine Herren, am zweiten Pfingstfeiertag auf dem Wollgang.“

„Schön, schön.“
Sie schüttelten sich die Hände und gingen einzeln oder in Gruppen nach verschiedenen Seiten auseinander.

8. Kapitel.

Alles war zu einer umfassenden Tätigkeit auf dem Begräbnisplatz des Klosters vom heiligen Wollgang eingerichtet. Am Nachmittage des zweiten Feiertages hatte der Bataillonshauptmann der Soldaten nach dem Fortshaus abmarschieren lassen, wo sie, wie in den Manövertagen, einquartiert wurden.

Die drei wissenschaftlichen Leiter hatte Ritter zum Max eingeladen, bei dem es recht lustig herging. Der Hausherr führte die Gräfin Löbau und der alte Poirier Molly. Für die übrigen Herren, unter denen auch der mexikanische Marquis war, konnten Damen nicht aufgetrieben werden. Das Dinner hatte also ganz natürlich den Charakter einer Herrensellschaft, wobei die Anwesenheit von zwei Damen jedoch eine gewisse Reserve gebot.

Max beobachtete während der ganzen Zeit, die man bei Tisch zubrachte, Molly, die ihm kaum einen Blick gönnte, sondern ihre schönen Augen fast nicht von der Gräfin und Ritter abzurücken ließ. Daß ihre feinen, leicht geröteten Lippen oft bebten, und sich flüchtig wie eine Wolke über die Sonne eigenartig schoben über die seelenvollen Augen legten, konnte dem aufmerksamsten Beobachter nicht entgehen.

Es sagte etwas an ihr, das, trotzdem sie sich beherrschte, Max und den anderen Gästen gegenüber als eine tiefe Verstimmlung erschien. Niemand, als der alte Poirier, wagte es, die schöne Frau des Hauses zu fragen, ob sie unglücklich sei. Die

änderung werde in England gutgeheißen. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß sie sich auch für die Ver. Staaten als annehmbar erweisen wird.

Wiederbeginn der Kontrollschleife.

Paris, 8. Nov. Wie der „Temps“ mitteilt, hat die Votalkonferenz nunmehr eine Note an die deutsche Regierung ergehen lassen. Diese Note ist der deutschen Botschaft in Paris überreicht worden. Sie nimmt Bezug auf die Note der Votalkonferenz vom 3. Oktober, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, man möge es der interalliierten Militärkontrollkommission ermöglichen, die Kontrolle wieder aufzunehmen. Die Votalkonferenz drückt die Hoffnung aus, daß die deutsche Regierung bis zum 10. November mitteilen werde, welche Stellung sie zu diesem erneuten Vorschlag einzunehmen gedenkt.

Deutschlands tatsächliche Leistungen.

Eine Berechnung von Keynes. — Die Zahlen Poincares viel zu niedrig.

Wien, 5. Nov. Der englische Wirtschaftspolitiker Keynes veröffentlicht in der Neuen Freien Presse eine Berechnung der von Deutschland bisher an die Alliierten geleisteten Zahlungen, die zu den von Poincare in Briere aufgestellten Behauptungen in kräftigem Gegensatz steht. Während Poincare die Gesamtschuld der deutschen Zahlungen auf noch nicht 9 Milliarden Goldmark berechnet, kommt Keynes bei vorsichtiger Schätzung auf weit über 1 Milliarde Pfund Sterling, das sind also über 20 Milliarden Goldmark. Dabei unterscheidet Keynes zwischen dem Betrag, der für die Alliierten einen kennbaren Wert darstellt, und einem die angegebene Ziffer noch weit übersteigenden Gesamtbetrag, der die tatsächlichen Opfer Deutschlands enthält.

Die Differenz erklärt sich dadurch, daß einmal große Summen der deutschen Leistungen für die Alliierten wertlos sind und daß zum andern Deutschland durch den verkürzten Krieg direkte Verluste erlitten hat, die bei der Reparationsberechnung nicht zur Abrechnung kommen können. In den letzten Beträgen zählt Keynes besonders die folgenden: die Schulden der früheren Verbündeten Deutschlands (dieser Posten beträgt allein 17 Milliarden Goldmark), der Wert der deutschen Kolonien samt ihrem Salsatzgehalt, das Staatseigentum Elsaß-Lothringens und Entschädigungen für deutsches im Ausland beschlagnahmtes Eigentum. Die Diskrepanz zwischen den französischen und deutschen Berechnungen erklärt sich nach Keynes zum großen Teil daraus, daß Deutschland die abgegebenen Werte zu den Beträgen einsetzt, die für Deutschland einen Verlust bedeuten, während sie von Frankreich und den Alliierten weit unter diesem Wert eingestuft werden.

Keynes vergleicht diesen Berechnungsvorgang mit der Bilanzstellung bei einem Geschäft im Betrieb und einem Geschäft in Konkurs. Besonders deutlich wird der Unterschied z. B. bei der Bewertung der Saarbergwerke und der Handelsmarine. Die Differenz der deutschen und der alliierten Schätzungen lautet bei den Saarbergwerken auf eine Goldmilliarde und 400 Goldmillionen, bei der Handelsmarine auf 5,8 Goldmillarden und 700 Goldmillionen. Die oben angegebene Gesamtziffer der Keynesschen Berechnung übernimmt nun keineswegs die deutschen Ziffern, sondern ein Mittelmaß, das sich den Berechnungen der Reparationskommission mehr nähert, als den deutschen Berechnungen. Angesichts der Tatsache, welche Opfer Deutschland durch seine Kriegsverluste, als unabhängig von den Beträgen die den Alliierten zugute kommen, bereits getragen hat, kommt Keynes zu dem Urteil, daß die deutschen Bemühungen zu zahlen, ungeheuer viel mehr bedeuten, als das französische Gegenstück nach dem Kriege von 1870-71. Keynes schließt: Es sei angesichts dieser Tatsache schändlich, daß gewisse Zeitungen mit der Behauptung auftreten, Deutschland habe sich seinen Verpflichtungen entzogen.

Lloyd George in Amerika.

Lloyd George, der zurzeit Amerika bereist, äußerte in einer Rede in Pittsburg:

Deutschlands Zusammenbruch wird kein dauernder sein. Wie im Jahre 1914 wird ein neuer Geist der Einigkeit aus der gegenwärtigen Desorganisation hervorgehen und dieser wird von einem noch stärkeren und extremeren Nationalismus beherrscht sein, wie der jetzige. Es gibt keine Friedensmöglichkeit bei solchen Ausrichtungen. Es gibt nur einen einzigen Ausweg — ein obermaliger Krieg —, wenn nicht Amerika bereit ist, seinen Einfluß jetzt in die Waagschale für eine sofortige Regelung und den Wiederaufbau zu werfen. In Cleveland sagte er: Ihr tratet in den Krieg ein und haltet uns, ein „internationales Recht“ in Europa aufzurichten, soweit es jene besonderen Streitfragen betraf. Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende. Gerechtigkeit verlangt Wachsamkeit so gut wie Freiheit, und ich sehe keinen anderen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Menschheit wegen deren jetzt in den betroffenen Ländern gekämpft wird, als daß Sie das edle Interesse weiter verfolgen, das Sie vor Jahren in die Angelegenheiten des alten Kontinents einbringen ließ. Obwohl ich ohne Auftrag nach Amerika kam, habe ich doch ein Wort zu sagen: „Ich bitte das Volk dieses mächtigen Landes, abermals seine Blicke auf Europa richten zu wollen, das es schon einmal rettete.“

Lloyd George hat die Erwartungen in bezug auf seine Diskussionen über das wichtigste europäische Thema erfüllt. Das heißt, er hat die Ruhepolitik ebenso klar angegriffen, wie in seinen Artikeln. Er warnte Chicago als die Stelle, um den Grundton seiner Reparationsrede anzuschlagen. Von keinem andern Staatsmann würde das amerikanische Publikum, das noch so ganz in der Atmosphäre von 1918 lebt, die Feststellung der deutschen Tatsächlichkeiten hingenommen haben.

Die Herrschaft, welche unser Schicksal ist.

London, 8. Nov. Lord Birkenhead, der ehemalige Lordkanzler des Reaktionskabinetts Lloyd Georges, hat bei Uebernahme des Reaktorpostens an der Universität Glasgow eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er sich als neuer Führer des englischen Imperialismus ankündigt. Birkenhead erklärte, daß ein großer Teil der politischen Krisen der letzten Jahrzehnte entstanden sei, weil man auf Idealisten gehört habe, daß die Menschheit für den Weltfrieden reif sei. Die Menschheit sei inzwischen nicht besser und nicht schlechter geworden, sondern in ihr schlummerten nur die Instinkte, die Niesche und Bernhardt in so gefährlicher Form festgelegt hätten, wonach ein Teil der Menschheit stets darnach dränge, das sich mit Gewalt zu verschaffen, was er begehrt. Das Schicksal des Völkerbundes beweise, daß es wahrscheinlich unmöglich sein werde, den Krieg abzuschaffen. Lord Birkenhead schloß: Die Welt bietet auch weiterhin denen, die über starke Arme und scharfe Schwärter verfügen, glänzende Gewinne. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß die Bestimmungen der Völker in Zukunft nicht anders sein werden, als sie seit Anfang der Menschheit gewesen sind. Es liegt in unserer Geschichte, uns als ein mehrhaftes aber nicht militärisches Volk zu erweisen, das von Provokationen absteht, aber stets angemessene Mittel zu seiner Verteidigung bereithält, und in gewisser Richtung mit erhobener Hand und leuchtenden Augen den Marsch antizipiert zu der Herrschaft, welche unser Schicksal ist.

Kampf dem Hunger.

Berlin, 3. Nov. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung nicht mit den großen politischen Tagesfragen, sondern lediglich mit den Nahrungs- und wirtschaftspolitischen An-

gelegenheiten. Laut „Germania“ ist beschlossen worden, daß das Reich Mittel zur Verfügung stellt, um bestimmte Lebensmittel wie Reis und Fett in größeren Mengen, die greifbar in gewissen Hafenstädten liegen, zu erwerben. Diese Lebensmittel sollen im Volk verteilt werden. Außerdem soll ein gewisses Quantum Lebensmittel zur Verfügung der Städte für die Bedürftigen bereitgestellt werden. Weiter sei es zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den Organisationen des Kleinhandels zu einem Einverständnis darüber gekommen, zu versuchen, die Lebensmittelpreise möglichst auf den Stand der Vorkriegszeit herabzudrücken.

Gegen die Macht der Kartelle.

Berlin, 4. Nov. Der Reichsanzeiger veröffentlicht heute eine Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung. Gefährdet ein Kartellvertrag die gesamte Wirtschaft oder das Gemeinwohl, so kann der Reichswirtschaftsminister bei den neu zu schaffenden Kartellgerichten die Nichtigkeitserklärung des Vertrages beantragen oder den Beteiligten das Recht der fristlosen Kündigung gewähren. Auch kann die Nichtigkeitserklärung aller künftigen Maßnahmen eines solchen Kartells von einer vorher zu erstattenden Meldung an den Reichswirtschaftsminister abhängig gemacht werden. Außerdem kann jedes Kartellmitglied seinen Vertrag bei jeder ungünstigen Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit fristlos kündigen. Für jeden Kartellvertreter wird künftig schriftliche Form verlangt. Abnehmern, die zu unbilligen Geschäftsbedingungen Abschlüsse getroffen haben, kann das Kartellgericht ein Rücktrittsrecht von ihren Verträgen gewähren. Dieses Recht ist ihnen auch Einzelunternehmungen gegenüber gegeben, wenn eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohls unter Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung vorliegt.

Senkung der Kohle- und Eisenpreise.

Berlin, 4. Nov. Zur Linderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelförderung stellte die Reichsregierung für die Milchverbilligung erhebliche Beträge den Ländern zur Verfügung und überwies dem Zentralausschuß für Auslandsbeihilfe die Mittel, um die Fortführung und Verstärkung der mit Hilfe des Auslands durchgeführten Kinderpflegungen zu sichern. Um aber auch weiteren Kreisen der unter den Verhältnissen schwerleidenden Bevölkerung Erleichterung zu schaffen, wies die Reichsregierung in einigen besonders dringenden Fällen eine Kreditlinie in die Wege, damit die vorhandenen Lebensmittel leichter und möglichst billig in den Verkehr gebracht werden. Auch auf den übrigen Wirtschaftssektoren nahm die Reichsregierung nachdrücklichsten Einfluß auf die Preispolitik. So wurden in Goldmark gerechnet die Preise bei der Kohle um 35 Prozent, bei Baustoffen 20 bis 30 bei Rohseisen 25 und bei gewissen Teilen der Eisenverarbeitenden Industrie um 20 Prozent gesenkt. Die Auswirkungen dieser Preisenkungen auf die übrigen Wirtschaftssektoren können sich naturgemäß nur allmählich outgehen. Der Zwang für die Verkehrsverwaltung im Interesse der Entlastung der Reichsfinanzen und der Eindämmung der Inflation ihre Tarife dem Goldwerte anzupassen, muß zunächst den Preisenkungen bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken. Es ist aber zu hoffen, daß die Verbilligung der Rohstoffpreise der weiterverarbeitenden Industrie in kürzester Zeit wieder größere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch wieder einen erhöhten Beschäftigungsgrad sichern wird. Durch die dauernde Einwirkung auf die Preisprüfungsstelle und die fortgesetzte Ueberwachung der wirtschaftlichen Verbände werden vorhandene Mißstände im Warenverkehr bekämpft. In der gleichen Richtung wird die neueste Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung wirken, da sie der öffentlichen Gewalt durchgreifende Machtmittel gegen die Auswüchse der Kartelle und Syndikate und ihrer Zahlungsbedingungen in die Hand gibt.

Papiermark und Goldmark.

Berlin, 5. Nov. Zur Vorbereitung der Festsetzung eines gesicherten Umräumungssatzes für die Papiermark in Goldmark wird der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer, der einen Preis in Gold oder Goldanleihe berechnet verpflichtet ist, die Papiermark nach dem amtlichen Umräumungssatz der Berliner Börse anzunehmen. Der Plan für die Sicherung des für den Umräumungssatz und die Einlösbarkeit der Papiermark in einen wertbeständigen Wert liegt dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor.

Wenn es auch gelingen sollte, die Papiermark in Deutschland mit Hilfe der bestehenden Verordnungen in Anlehnung an die Rentenmark zu stabilisieren, was immerhin nicht ohne Reibungen und Widerstände im Wirtschaftsleben erreicht werden könnte, so wird die Frage, wie das Ausland diese Neumark im alten Gewande bewerten wird, offen bleiben müssen. Die Wiederbewertung der Mark, der kein anderes Zahlungsmittel gegenüberstand, abzuhelfen, statt ein neues Geld zu schaffen, wird das alte einfach wieder aufgerichtet. Zwar wird in Anbetracht der immerhin geringen Anzahl von Zahlungsmitteln die neue Mark keine große Bewehrung durch die Papiermark haben. Aber sie wird als Erbe der Papiermark angesehen werden und dadurch an ihrer Unterbewertung teilhaben. Die Angleichung beider Währungen wird auf einen Dollarstand von 420 Milliarden durchgeführt, während in New York der Dollar mit 25 Billionen bezahlt wird. Die Rentenmark wird also von vornherein nur mit einem Sechstel des in Deutschland ihr beizulegenden Wertes im Ausland bewertet. Wir müssen fürchten, daß eine solche Ignorierung der ausländischen Meinung die verhängnisvollsten Wirkungen auf die neue Währung haben wird.

Maßnahmen gegen den Goldanleihekäufer.

Berlin, 3. Nov. Die regierungsoffiziöse „Zeit“ hört, daß das Kabinett den unerhörten Vorgängen auf dem Markt der Goldanleihe schon in den nächsten Tagen mit durchgreifenden Maßnahmen begegnen wird. „Die Zeit“ schreibt: Das Treiben Spekulation ist in den letzten Tagen geradezu gemeingefährlich geworden. Es war üblich, die Goldanleihe in sehr hohen Beträgen bei der Reichsbank zu kaufen, ohne daß die Stücke überhaupt greifbar waren. Erst mehrere Tage später wurden die inzwischen fertiggestellten Stücke geliefert und in Papiermark zu dem Kurs des Tages bezahlt, an dem die Bestellung aufgegeben worden war. Auf diese Weise sind große Gewinne in die Taschen der Spekulation geflossen, die selbstverständlich mit allen Mitteln an der Verschlechterung der deutschen Mark gearbeitet hat. Um der Spekulation einen Strich durch die Rechnung zu machen, wird die Regierung verfügen, daß alle Käufe von Goldanleihe, soweit die Stücke noch nicht fertig und geliefert sind, sofort annulliert werden. Ferner, daß die Zahlung für diejenigen Stücke, die zu entwerteter Papiermark abgegeben worden sind, nachträglich valortisiert wird. Diese Verfügung wird es der Regierung ermöglichen, der Spekulation die großen Gewinne, die sie aus der Goldanleihe gezogen hat, wieder zu entziehen und so dadurch gewonnenen Mittel für das Reich flüssig zu machen.

Unruhen in Berlin.

Berlin, 5. Nov. Die Bevölkerung Berlins wurde heute früh durch die Tatsache überrascht, daß der Brotpreis plötzlich von 25 auf 140 Milliarden gestiegen war. Die Erregung darüber machte sich in verschiedenen Teilen der Stadt Luft durch Plünderungen der Bäckerläden. Die Regierung hat angekündigt, daß die Mehlbörse der Mehlhändler beschlagnahmt und den Bäckern zu vernünftigen Preisen zugeführt werden, so daß eine Senkung des

Brotpreises für morgen zu erwarten ist. Die allgemeine Erregung des Publikums wurde im Osten der Stadt in der Gegend der Münz- und Grenadierstraße, wo viele jüdische Händler wohnen, zu einem Pogrom von größerem Umfange benutzt. Die Erwerbslosen bekommen seit einigen Tagen ihre Unterstützungsgelder in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt, die sie noch auf der Straße bei den Händlern in Papiergeld umwechseln. Dabei sollen sie noch von den Händlern überdortelt worden sein. Das ganze Stadtviertel war aus diesem Anlaß heute von einer großen Menschenmenge, größtenteils jungen Leuten, besetzt, die die Händler teilweise verprügelten und sie ihrer Kleider beraubten, teilweise aber auch in die Wohnungen eindringen und von dort die Kleidungsstücke mitnahmen, um die darin vermuteten Briefschaften in die Hand zu bekommen. Ein großes Aufgebot von Schutzpolizei konnte diese Taten zwar nicht verhindern, aber doch das Umfängere der Plünderungen aufhalten.

Audauernde Plünderungen in Berlin.

Berlin, 6. November. Die Plünderungen und Krawalle im Scheunenviertel leben heute in den späten Nachmittags- und Abendstunden erneut wieder auf. Am Mittag haben in Charlottenburg Plünderungen stattgefunden. Die Plünderungen von Geschäften, die im Westen von Berlin, insbesondere in Charlottenburg einsetzten, deuten auf eine gewisse Plannäßigkeit hin. Am Rnie in der Nähe der Taujenzstraße, in der Umlandstraße und am Hohenjollerndamm bildeten sich Jüge von Erwerbslosen, die dem Wittenbergplatz zuströmten. Die Polizei griff überall ein und gestreute mit Hilfe von Bereitschaftskommandos, die auf Lastkraftwagen herbeieilten, die Ansammlungen. Zu irgendwelchen größeren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Baden.

Präsidentenwahl im badischen Landtag.

Karlsruhe, 7. Nov. Der Landtag, der heute zu einer kurzen Herbsttagung zusammengetreten ist, wählte in seiner ersten Sitzung den Finanzminister Köhler (3.) mit 55 Stimmen zum Staatspräsidenten und den Unterrichtsminister Dr. Hillpach (Dem.) zum Stellvertreter. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Abgeordneten des Landbundes und der Kommunisten enthielten sich der Stimme. Der Vertreter der Kommunisten erklärte sich überhaupt gegen den Posten des Staatspräsidenten. In einer Ansprache legte der neue Staatspräsident ein Treugelübnis zum Deutschen Reich ab; Baden und seine Regierung stehen fest zur Zentralgewalt des Reichs in diesen schweren Tagen. Die Reichsverfassung sei kein Spielball. Von der Reichsregierung erwarte man aber, daß sie mit starker Autorität und lechter Kraft den Bestand des Reichs gegen die Angriffe schütze. Die Eigenart der Länder müsse bei der Reichsregierung Berücksichtigung finden und sich auswirken können. Alle aber mahne er eindringlich, die Wohnungen im deutschen Hause nicht umzuwandeln, da das Haus im Brand stehe. Die große deutsche Einigkeit allein sei der Schild, der die Treue um das deutsche Banner am Rhein und Ruhr noch hält. Dort müsse man um das Deutschtum, um den Bestand des deutschen Vaterlandes. In ihren schwersten Stunden solle die Südweltmark brüderlich sie schützen. Darum rufe er auf zur Einigkeit, auf diesem Wege dem Vaterland beizustehen. (Lebh. Beifall.)

Vor der Wahl des Staatspräsidenten war mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten mit dem Zentrumsbund. Dr. Baumgärtner an der Spitze das Landtagspräsidium in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt worden.

Nach der Abmachung zwischen den Regierungsparteien war diesmal das Zentrum an der Reihe für den Vorschlag zum Staatspräsidenten auf ein Jahr. Köhler ist der fünfte der badischen Staatspräsidenten. Der erste war der Sozialist Gehl, von dem man seither nicht mehr viel gehört hat. Dann kam vom Zentrum Trunk, darauf der Demokrat Hummel, der bekanntlich jetzt bei der Großindustrie tätig ist, und schließlich der Sozialist Kemmele. Der neue Staatspräsident Köhler ist aus der mittleren Finanzlaufbahn hervorgegangen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 9. Nov. Der älteste Bürger Sinsheims, der ehemalige Geschäftsführer bei der Eisenbahn Adam Maier, begeht am 12. November seinen 89. Geburtstag. Bis vor kurzem noch rüstig und arbeitsam, machen die Altersbeschwerden sich nun doch so bemerkbar, daß er die Arbeit ruhen lassen muß und die Not an seine Türe pocht. Gewiß gedenkt mancher seiner guten Dienste in früherer Zeit und trägt gerne dazu bei, ihm den Lebensabend sorgenfrei zu gestalten.

Sinsheim, 8. Nov. (Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.) Nach einem Bericht des Bezirksrats Kehl erschien kürzlich auf dem Postamt daselbst ein französischer Offizier mit einem französischen Beamten in Zivil und ließ sich sämtliche mit der Morgenpost eintreffenden Briefsendungen vorlegen. Alle elgegangenen Stücke wurden genau durchgesehen und zahlreiche Briefe sowie Zeitungen beschlagnahmt, darunter auch ein Einschreibebrief an eine Bank. Unter den beschlagnahmten Briefsendungen sollen sich auch solche des Bezirksrats befinden. Noch Andeutungen, welche die Franzosen auf dem Postamt gemacht haben, werden die Durchsuchungen der Post häufiger vorgenommen werden. Darum möge das Publikum soweit als möglich besorgt sein, daß Behörden und Privatpersonen im besetzten Gebiet nicht durch den Inhalt an sie gerichteter Sendungen in Gefahr geraten.

Sinsheim, 8. Nov. (Annahmeverpflichtung für Papiergeld.) Die Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme der Reichsmark bei inländischen Geschäften verbietet, den Abschluß oder die Erfüllung von Verträgen über Lieferung von Waren oder Bewirkung von Leistungen zu verweigern, weil die Zahlung in Reichsmark erfolgt. Sie verpflichtet also zur Abgabe von Waren gegen Reichsmark auch auf Grund bestehender Verträge. Die Verordnung bestimmt weiter, daß Reichsmark zu dem Wert in Zahlung genommen werden muß, den sie nach dem amtlichen Kurs der Berliner Börse hat. Im Einzelhandel und bei Zahlungen an öffentlichen Kassen ist der Berliner Mittelkurs des Dollars maßgebend. Geschäfte, die hiergegen verstoßen, sind nichtig und werden mit schweren Strafen bedroht. Die Verordnung findet keine Anwendung auf Geschäfte, bei denen nach der Bewilligung Zahlung in ausländischer Währung gefordert werden darf.

Sinsheim, 8. Nov. (Die Rentenpfennige.) Mit der Ausprägung der Rentenpfennige in Stücken von 1, 2, 5, 10 und 50 Pfennigen ist begonnen worden. Die 1- und 2-Pf.-Stücke sind ähnlich wie die Friedenspfennige aus Kupfer hergestellt. Die übrigen Werte bestehen aus einer Mischung von Aluminium und Kupfer, die einen goldgelben Glanz hat. Die neuen Rentenpfennige werden spätestens Ende der Woche in den Verkehr gebracht werden. 70 Millionen Stück sind bereits fertiggestellt. Die Ausgabe der Rentenmarktscheine wurde deshalb hinausgeschoben, weil man sofort größere Mengen in den Verkehr bringen wollte.

Sinsheim, 8. Nov. (Schecks bei Steuerzahlungen.) Wegen der unertüchlichen Schädigungen, die der Reichskasse durch die verzögerte Aufsicht des Gegenwertes der bei Zahlungen angenommenen Schecks entstehen, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß die Kassen der Reichsfinanzverwaltung bei den an sie zu leistenden Zahlungen Bankchecks nicht mehr annehmen, daß aber bei der Entrichtung von Abgaben mit Postanweisung oder Zahlkarte als Zahlungs-

tag der Tag angesehen wird, an dem der Betrag bei der Post eingezahlt ist (dieser ist aus dem Tagesstempel der Post auf dem der Kasse zugehenden Postabchnitt ersichtlich.) Bei Banküberweisungen wird wie bisher als Zahlungstag der Tag angesehen, an dem der Betrag dem Konto der Finanzkasse gutgeschrieben wird.

Sinsheim, 9. Nov. (Viehpreise.) Von Viehhändlern und Metzger wird darüber geklagt, daß bei dem Verkauf von Vieh ab Stall von Preisen ausgegangen wird, die sich aus den Berichten über die jeweils vorausgegangenen Viehmärkte ergeben. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß diese Preise sehr erhebliche Aufkosten für Fracht, Markt, Versicherung, Umschlagsteuer, Händlergewinn usw. enthalten, die auf etwa 16-20 Prozent der Marktpreise umzuschlagen sind. Eine Preisstellung nach den Marktpreisen bei Verkäufen ab Stall ist unberechtigt. Sie stellt sich als strafbare Preistreiberi dar, vor der gewarnt wird.

Sinsheim, 31. Okt. (Ein milder Winter in Sicht.) Aus dem Pustertal (Tirol) wird geschrieben: Es sind mancherlei Anzeichen vorhanden, daß wir einem milden Winter entgegengehen. Vor allem anderen wird dies davon abgeleitet, daß wir noch gegenwärtig Schwärze in größerer Anzahl bemerken können, die noch nicht an ihre Abreise denken. Weiter sehen wir viele Vogelbäume mit roten Früchten und gleichzeitigem Blütenstande. Die Finken schlagen noch lustig, als ob es dem Frühling entgegengehen würde, die Jäger jagen uns, daß Rehe, Füchse und Hasen noch immer ihre schöne Sommerkleidung tragen. In den Höhen blühen noch immer die Alpenblumen, die Vegetation ist reichlich. Die kleinen Waldtiere, die sonst um diese Zeit schon längst mit dem Sammeln von Wintervorräten beschäftigt sind, zeigen noch keine Geschäftigkeit und gehen nicht auf Vorräte aus. Alle diese Anzeichen und noch viele andere deuten ungewissheit darauf hin, daß der Winter 1923-24 ein milder und wohl auch ein schneearmer werden wird.

Vatsbach, 1. Nov. (Bürgermeisterwahl.) Bei der am letzten Sonntag stattgehabten Bürgermeisterwahl wurde Heinrich Kaufmann mit 139 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein Gegenkandidat Emil Glasbrenner erhielt 134 Stimmen.

Nekarbischofsheim, 5. Nov. (Ermäßigte Fahrpreise.) Die Nebenbahn hat ab 1. November den Personentarif um 50 Prozent ermäßigt und hat jetzt die gleichen Fahrpreise wie sie bei der Reichsbahn bestehen, eingeführt.

Nekarbischofsheim, 6. Nov. (Ermischte Diebe.) Man scheint etwas Licht in das Dunkel der Diebstähle zu kommen, die in letzter Zeit die hiesige Bevölkerung in Erregung hielten. Der Gang der Diebe für Geflügel ist ihnen zum Verhängnis geworden. Gestern wurden sie beobachtet wie sie vier Enten den Krügen umdrehen. Der Gendarm hat die Diebe ein Gesichtsdienst abgelegt, daß sie allwöchentlich Enten und Gänse abschlechten haben. Ein Krautdiebstahl haben sie ebenfalls zugegeben; man darf hoffen, daß die vielen Felddiebstähle des letzten Sommers ihre Aufklärung finden werden.

Reichartshausen, 5. Nov. (Gut abgelaufen) ist ein gefährliches Kinderpiel, von dem hier nur berichtet wird, damit es anderen zur Warnung dient. Ein paar kleine Jungen

sind auf den Gedanken gekommen, „Aufhängertes“ zu spielen und einem kleinen Büchlein wurde richtig ein Strick um den Hals gelegt und der Junge aufgehängt. Eine glückliche Fügung führte einen Mann an den Platz, und nur diesem ist es zu verdanken daß der Kleine mit dem Leben davon kam, denn er war schon ganz blau im Gesicht und bewußtlos. Solche Gelegenheiten geben Anlaß zur Warnung an die Jugend, denn ein junges Hirn kommt auf Gedanken, von denen die Erwachsenen keinen Begriff haben. Wie oft hören wir, daß Jungen ein Feuer machen! Alle Eltern und Erzieher haben die ernsteste Pflicht auf ihre Schutzbefohlenen wachsam einzuwirken. Durch solche Taten kann ein ganzes Leben vergiftet werden, denn das Bewußtsein einer schweren, nicht wieder gut zu machenden Schuld hängt sich einem an fürs ganze Leben.

Rappena, 2. Nov. (Die Arbeitslosigkeit) nimmt auch hier immer mehr zu. Bis jetzt haben sich beim hiesigen Bürgermeisterrat 21 Arbeiter als arbeitslos gemeldet. Auch das hiesige Salinenamt hat über eine Anzahl ihrer Arbeiter die Klage ausgesprochen.

Mündzell, 3. Nov. (Tagelohn.) Zur Versteigerung der Gemeindefaß hatten sich viele Liebhaber eingefunden; der Steigerungspreis war dementsprechend hoch. Er beträgt 3100 Goldmark, gegenüber früher 1300 Goldmark. Daß hier wie auch an anderen Orten der Umgegend nur valutastarke Steigerung beim Zuschlag im Frage kommen, ist auch ein Zeichen der Zeit und beruht auf der einheimischen, rechtsrheinischen Tagelöhner höchst unangenehm, besonders wenn die Gemeinden einem solchen Zustand noch Vorschub leisten.

Mosbach, 8. Nov. (Ein frecher Diebstahl) wurde gestern früh in der Restauration zur Eisenbahn in Nekaralg ausgeführt. Während das Dienstmädchen sich wenige Augenblicke aus der Wirtschaft entfernte, nahm ein fremder Gast vom Buffet herunter ein Kistchen Zigarren mit 100 Stück und schob es in seinen Rocktasche. Dann verließ er in aller Gemütsruhe des Lokals. Erst als er eine zeitlang fort war, wurde der Verlust entdeckt.

Eppingen, 8. Nov. (Landw. Winterschule.) Anfangs dieses Monats hat die Winterschule ihre Unterrichtstätigkeit wieder aufgenommen. Leider ist die Zahl der Schüler eine geringere, als sonst. Eine unbegreifliche Unterlassungsfünde ist es, wenn jungen Bauern keine Gelegenheit geboten wird, sich die Grundlagen für ihren Beruf zu eigen zu machen. Denn mit den veralteten Methoden geht es nicht mehr. Darum ist es am falschen Platz gespart, wenn man die Ausbildung der Söhne vernachlässigt.

Bretten, 8. Nov. (Wertbeständige Spareinlagen.) Einem Plakatanschlag der Vereinsbank Bretten entnehmen wir, daß dieselbe Spareinlagen, die in Papiermark gemacht werden können, wertbeständig in Rentenmark anlegt, wodurch endlich einmal wieder Jedermann Gelegenheit erhält wertbeständige Spareinlagen zu machen und dadurch der früher sich weiters bewährte alte gute deutsche Sparform neue Belebung erfahren dürfte.

Bretten, 5. Nov. (Ein Handgranatenanschlag) wurde in der Nacht vom Samstag zum Sonntag auf das Haus der Eisenhandelsfirma Salomon Wertheimer verübt.

Noch unbekannt Täter schleuderten eine Eierhandgranate durch das Einfahrstor, die dort Verstorbenen anrichtete.

Donauwörth, 6. Nov. (Goldlöhne?) Der Schlichtungsausschuß Donauwörth hatte für die Uhrenindustrie durch Schiedsrichter Goldlöhne festgesetzt. Dieser Schiedspruch hat von dem Verband der Uhrenindustrie abgelehnt werden müssen, weil sich an Hand der Berechnung über die Auswirkung dieses Schiedspruches eine derartige Erhöhung der Verkaufspreise ergeben würde, die überzeitlich noch angemessene Geschäftslage in kürzester Frist zerschlagen müßte. Mit der Annahme dieses Schiedspruches hätten die Arbeiter nicht nur Friedensstundenlöhne, sondern sie wären noch wesentlich darüber hinaus gekommen.

Neueste amtliche Kurse

Table with financial data including interest rates, bank shares, and commodity prices for November 7, 1923.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 11. November. Geden- und Dankfest. 10 Uhr: Gottesdienst, zugleich Eröffnungsgottesdienst für den Konfirmandenunterricht. Dekan Eisen. 11 Uhr: Christenlehre. Dekan Eisen. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtkirch Meerwein.

Amtliche Bekanntmachungen.

Handelsteilhabertrag: „Univerfum“, Aktiengesellschaft zur Beschaffung von Betriebsmitteln für Handel und Industrie, Sinsheim (früher Mannheim). Der Gesellschaftsvertrag ist am 26. Oktober 1922 festgestellt und am 30. Dezember 1922, 29. Mai 1923 und 30. Juli 1923 geändert. Gegenstand des Unternehmens: Beschaffung von Betriebsmitteln für Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, Beteiligung an Handels-, Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsunternehmungen in irgend einer Form oder Erwerb solcher, ferner Ein- und Verkauf von Mühlenfabrikaten, Landesprodukten und Futtermitteln jeglicher Art. Der Vorstand kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Er wird vom Aufsichtsrat bestellt. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so ist jedes, auch das stellvertretende Vorstandsmitglied zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Vorstand: Wilhelm Mann, Direktor in Sinsheim und Karl Theodor Balz, Direktor in Mannheim. Das Grundkapital beträgt nach nachträglicher Erhöhung 350 000 000 Mk. Es zerfällt in 15 000 Stück Aktien zu je 1000 Mk., in 3000 Stück zu je 5000 Mk. und in 10 000 Stück zu je 30 000 Mk. auf den Inhaber lautende Stammaktien und 200 Stück auf Namen lautende Vorzugsaktien. Die Aktien sind zum Nennbetrag ausgegeben. An dem Grundkapital sind nach Erklärung des Vorstands 320 000 000 Mk. voll und an der Restsumme mit 30 000 000 Mk. ein Viertel des Nennbetrags eingezahlt. Bei Auflösung der Gesellschaft wird aus dem Liquidationserlös zunächst das auf die Vorzugsaktien eingezahlte Kapital beimbezahlt, sodann das auf die Stammaktien eingezahlte Kapital, soweit der Erlös hierzu ausreicht. Ein etwa verbleibender Erlös wird auf die Vorzugs- und Stammaktien nach Verhältnis der darauf eingezahlten Beträge ausgeschüttet. Die Generalversammlung wird durch einmalige öffentliche Bekanntmachung einberufen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer sind die Kaufleute Paul Gall in Mannheim-Feudenheim, Wilhelm Leberheim, August Kohnmann, Karl Terber und Ludwig Thomin, diese in Mannheim. Sie haben alle ursprünglichen Aktien übernommen. Die jetzigen Aufsichtsratsmitglieder sind: Adolf Frh. Güler von Ravensburg, Grundherr in Schatthausen, Friedrich Kraft, Kaufmann in Mannheim, Ernst Brand, Major a. D. in Heidelberg und Georg Stecher, Fabrikant in Sinsheim. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken, insbesondere von dem Prüfungsberichte des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Revisoren kann bei dem Bericht Einsicht genommen werden.

Amtsgericht Sinsheim.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 4. bis 10. November gegenüber den Sätzen der zweiten Septemberhälfte zwanzigtausend. Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle zehn Millionen nach unten abzurunden. Sinsheim, den 5. November 1923. Finanzamt.

Den Vollzug der Reichsverordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslofenfürsorge betr.

Aufgrund der oben genannten Verordnung und deren Vollzugsvorschriften wird nach Beschlussfassung durch den Verwaltungsausschuß für das Arbeitsamt Heidelberg, für die Amtsbezirke Heidelberg, Eberbach, Sinsheim und Wiesloch folgendes angeordnet:

- 1. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, mit Wirkung vom 1. November ds. Js. ab als Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Erwerbslofenfürsorge zwei vom Hundert des wirklichen Arbeitsverdienstes an die zuständige Krankenkasse (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs- und Erbschaftrentenkassen) abzuführen. Wenn der Beginn der Lohnwoche nicht mit dem 1. November zusammenfällt, hat der Abzug spätestens mit der ersten nach diesem Zeitpunkt beginnenden Lohnwoche zu geschehen.

- 2. Beitragspflichtig sind die Arbeitgeber, die auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse für den Fall der Krankheit pflichtversicherung sind und ihre Arbeitnehmer. 3. Die Beiträge werden vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je hälftig getragen und sind als Zuschläge zu den Krankenkassenbeiträgen und mit diesen zu entrichten. 4. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, der zuständigen Krankenkasse gleichzeitig mit der Abführung der Beiträge mitzuteilen, welche Beiträge auf die Krankenversicherung und welche Beiträge auf die Erwerbslofenfürsorge entfallen. 5. Soweit die Arbeitgeber gemäß Satzung der Krankenkasse zur Zahlung von Vorschüssen verpflichtet sind, haben sie auch Vorschüsse auf die Beiträge zur Erwerbslofenfürsorge zu entrichten. Heidelberg, den 6. November 1923. Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses für das Arbeitsamt Heidelberg.

Aufruf von Gutsheimen.

Die von der Reichsbahndirektion Karlsruhe herausgegebenen Gutsheime zu 1, 2 und 3 Millionen Mark werden mit Wirkung vom 1. November 1923 zur Einlösung ausgerufen. Sie werden noch bis mit 30. November 23 von den Eisenbahnkassen an Zahlungsstatt oder zum Umtausch gegen gesetzliche Zahlungsmittel angenommen. Mit 30. November 1923 verlieren diese Gutsheime ihre Gültigkeit als Zahlungsmittel. Karlsruhe, 4. November 1923. Reichsbahndirektion.

Ein intell. Junge kann alsbald in die Lehre treten bei Orgelbaumeister Ziegler Steinsfurt. Gänselebern kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Zufendung erbitte durch Eilboten-Paket oder eingeschriebene Warenprobe. Porto wird vergütet. Fa. Wilhelm Raier Karlsruhe-Mühlberg. Kraitsstr. 14. Telefon 2099.

HAPAG advertisement for Hamburg-Amerika Linie, featuring a ship illustration and text about routes to Africa and Asia.

White Star Line and American Line advertisement for Hamburg-New York routes, listing ship names and schedules.